Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 596. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 202.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illst. Beiblattenbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebenleben in Halle a. S.

Dienstag, 21. Dezember 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Alldeutsche Kundgebungen.

Dieser Tage fand in Düsseldorf eine Versammlung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes statt, in der auch verschiedene allgemein interessierende Fragen zur Besprechung kamen. So wurde die Lage in Elsaß-Lothringen besprochen und folgende Entschließung gefaßt:

Die am 11. Dezember 1909 zu Düsseldorf zahlreich versammelten Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes aus Rheinland und Westfalen sprechen der kaiserlichen Regierung ihre Befriedigung und ihren Dank für die Wandlung aus, die in der Behandlung der sogenannten „französischen Traditionen" der alteingesessenen elsaß-lothringischen Bevölkerung eingetreten ist. Sie hoffen, daß die Regierung ihre jetzige Stellung beibehalten und für die Zukunft die Aufstellung weiterer Denkmäler für die in den Reichslanden gefallenen französischen Soldaten möglichst überhaupt nicht mehr genehmigen, jedenfalls der Errichtung eines solchen in Straßburg ihre Zustimmung versagen und alle weiteren Kundgebungen des Souvenir français verhindern wird. Mit besonderer Freude begrüßen sie das Aufblühen der elsaß-lothringen Vereinigung und hoffen, daß die Regierung sich in Zukunft nicht mehr auf die Nadeln, sondern auf das Bürgertum stützen möge, damit die Reichslande endlich das werden, was sie sein sollen: ein wiedererkämpftes Stück des Reiches mit bewußt deutscher Bevölkerung. Vor allem bitten sie, daß alle auf Errichtung eines Bundesstaates Elsaß-Lothringen hinzielenden Bestrebungen so lange zurückgewiesen werden, bis für die Herrschaft und Pflege deutscher Sprache, deutscher Gesinnung und deutscher Gesittung die notwendigen Bürgschaften gegeben sind.

Diese Entschließung wurde an den Herrn Reichskanzler Freiherrn von Bethmann Hollweg, an den Herrn Statthalter Grafen von Wedel, an den Herrn Staatssekretär Freiherrn Zorn von Bulach und an die Vorstände der nationalen Parteien versandt.

Zur Reichsangehörigkeitsfrage wurde folgende Entschließung gefaßt:

Die am 11. Dezember 1909 zu Düsseldorf zahlreich versammelten Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes aus Rheinland und Westfalen danken der kaiserlichen Regierung für die wiederholt und letzthin erneut zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit, der seit bald 20 Jahren vom Alldeutschen Verband ergangenen Anregung auf Abänderung des bestehenden Gesetzes über Verlust und Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit Folge zu geben, und hoffen zuversichtlich, daß sie einen diesbezüglichen Gesetzentwurf noch dem jetzt tagenden Reichstage vorlegen wird. Sie bitten hierbei um wohlwollende Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:

1. Die Reichs- und Staatsangehörigkeit kann wider den Willen des Betroffenen überhaupt nicht verloren werden. Sie geht insbesondere nicht verloren, wenn der Betroffene fremde Staatsangehörigkeit erwirbt. Dagegen ruht sie in letzterem Falle dem Staate gegenüber, in dem der Betroffene Staatsangehöriger geworden ist. 2. Die erste Generation der Nachkommen eines Auslandsdeutschen, der die Reichs- und Staatsangehörigkeit verloren hat, muß das Recht erhalten, sie auf Antrag wieder zu erwerben. Ehefrauen reichsdeutscher Abkunft, die die Reichs- und Staatsangehörigkeit durch Verheiratung an einen fremden Staatsangehörigen verloren haben, kann auf ihren Antrag, wenn die Ehe durch Tod des Ehemannes oder Scheidung beendigt ist, die deutsche Reichsangehörigkeit wieder verliehen werden. Dies erstreckt sich auf die minderjährigen Kinder; im Falle der Scheidung der Ehe gilt dies nur dann, wenn der geschiedene Ehefrau die Kinder zugesprochen sind. 3. Es muß eine selbständige Reichsangehörigkeit für Auslandsdeutsche geschaffen werden, die ohne Vermittlung der Zugehörigkeit zu einem Bundesstaate ent- und besteht. 4. Es muß ein besonderes Reichsamt für den Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit geschaffen werden. Zweckmäßig wird diesem Reichsamt auch die Aufsicht und Bearbeitung der Ein- und Auswanderung übertragen werden.

Diese Entschließung wurde an den Herrn Reichskanzler Freiherrn von Bethmann Hollweg, an den Herrn Staatssekretär des Innern Delbrück und an die Vorstände der nationalen Parteien gesandt.

Deutsches Reich.

* **Bundesratssitzung.** In der am 18. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde beschlossen, dem Gesetzentwurfe betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1909 in der vom Reichstag angenommenen Fassung die Zustimmung zu erteilen.

* **Personalnachrichten.** Der Regierungs-Präsident von Jarotzky in Danzig ist in gleicher Amtseigenschaft an die Regierung in Minister versetzt und zu seinem Nachfolger der Ministerialdirektor im Finanzministerium Foerster in Berlin berufen worden. — Zum Präsidenten der Regierung in Magdeburg ist der Oberregierungsrat Dr. Wiesitschek von Wischkau in Düsseldorf ernannt. — In die Stelle des Präsidenten der Regierung in Königsberg, die am 1. Januar kommenden Jahres infolge der Versetzung des Regierungspräsidenten von Werder in den Ruhestand zur Erledigung kommt, tritt der Oberpräsidialrat Dr. Graf von Keyserlingk in Königsberg, in dessen Stelle der Polizeipräsident Graf von Lambsdorff in Magdeburg und zu dessen Nachfolger der Landrat von Alten in Schleswig berufen worden. — Ferner meldet der „Reichsanzeiger": Dem Ministerialdirektor im Ministerium für öffentliche Arbeiten Geheimrat Wehrmann ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst unter Verleihung des Kronenordens erster Klasse erteilt, zum Nachfolger ist der Geheime Oberregierungsrat Teßmar ernannt worden.

* **Errichtung neuer Seminare für Lehrer und Lehrerinnen.** Zur weiteren Einschränkung des Lehrermangels an den preußischen Volksschulen wird die Unterrichtsverwaltung auch im nächsten Jahre mit der Errichtung neuer Seminare für Lehrer und Lehrerinnen vorgehen, und der kommende Etat dürfte die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen ist unter Berücksichtigung der durch Lehrerinnen verwalteten auf 1000 zurückgegangen, nachdem sie sich noch im Jahre 1908 auf 1345 belaufen hatte.

* **Die Meininger „Hofgängerei"-Affäre** wächst sich zu einer richtigen Haupt- und Staatsaktion aus. Genosse Wehder, der sozialdemokratische Vizepräsident des Meininger Landtages, hat stolz wie ein Spanier eine Erklärung erlassen, in der er darlegt, daß ihn seine jahrzehntelange Parteitätigkeit dazu befähige, als Landtagsvizepräsident den richtigen Weg allein zu finden. Der „Vorwärts" schreibt dazu:

„Die Erklärung des Genossen Wehder ist ja ganz schön, ändert aber nichts an der Tatsache, daß der sozialdemokratische Vizepräsident sich verpflichten mußte, sich dem Herzog und dem Erbprinzen vorzustellen. Es ist bedauerlich, daß Genosse Wehder und die ganze sozialdemokratische Fraktion des Meininger Landtages nicht empfanden, daß eine solche Verpflichtung sich mit den republikanischen Grundsätzen der Sozialdemokratie nicht verträgt."

Ferner macht sich ein Genosse in einer Zuschrift an den „Thüringer Volksfreund" über den „Hofgänger" wie folgt lustig:

„Heute mittag 12¾ Uhr hat endlich der in der Parteipresse so vielfach besprochene „Hofgang" des Genossen Wehder als zweiter Vizepräsident des Landtages stattgefunden. Die Schmerzen des „Hallenser Volksblattes", der „Neuen Sächsischen Tribüne", des „Hannov. Volkswillen", der „Bremer Bürgerzeitung" und des „Thür. Volksfreund", der sich den Anschauungen dieser Parteiorgane angeschlossen hat, waren diesmal umsonst! — Der sozialdemokratische Vizepräsident pilgerte nicht im Frack und Wichskasten — sondern in seinem einfachen Bürgerrock und Schlapphut nach dem Rundbau und zeichnete sich dort mit den beiden anderen Präsidenten in die vorgelegte Liste als solcher ein. Damit war für diesmal der „Hofgang" für den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wehder erledigt! — Vorläufig! — Nun wird die Redaktion des „Thür. Volksfreund" abwarten müssen, bis sich der Abgeordnete Wehder und mit ihm die gesamte sozialdemokratische Fraktion, mit deren Zustimmung Genosse Wehder die letzte Erklärung: „Mit dieser Fassung einverstanden", unterschrieben hat, — zu „Fürstenknechten" herabsinken und die Parteigrundsätze etwa vernachlässigen werden! Für diesen Fall hat allerdings Genosse Wehder das Parteiprogramm in der Tasche, das ihm auch bei seiner ferneren parlamentarischen Tätigkeit stets als Richtschnur dienen wird."

Dazu bemerkt abermals der „Vorwärts" den köstlichen Satz: „Wenn der Herzog so viel Klassenbewußtsein besitzt, den Sozialdemokraten nicht zu empfangen, so berührt es um so schmerzlicher, daß es auf der anderen Seite an diesem Klassenbewußtsein gefehlt hat. Wir meinen, daß der Ausgang dieses Hofganges für den Genossen Wehder und die Meininger Fraktion die Sache nur noch blamabler macht."

* **Die Betriebseinnahmen der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen** haben im November d. Js. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 1,7 Millionen Mark gleich 4,75 Prozent, im Güterverkehr 7,8 Millionen Mark gleich 7,26 Prozent mehr, insgesamt nach Abzug einer Mindereinnahme aus sonstigen Quellen 9,3 Millionen Mark = 6,09 Prozent mehr betragen. In berücksichtigen ist dabei, daß der November des laufenden Jahres einen Sonntag weniger und einen Werktag mehr als der des Vorjahres hatte.

* **Der oldenburgische Landtag** ist bis zum 4. März 1910 verlängert worden. Zugleich wird er von heute, Dienstag, an bis zum 8. Februar 1910 vertagt. In der Sitzung am Montag wurde der Aufnahme einer Anleihe von 2 950 000 Mk. zur Deckung des Fehlbetrages des Eisenbahnbaufonds zugestimmt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Aus Wien wird uns gemeldet: Das Herrenhaus verhandelte am Montag das Gesetz betreffend die Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. Der Entwurf wurde in allen Lesungen einhellig angenommen. — Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm mit 26 gegen 18 Stimmen ein sechsmonatiges Budgetprovisorium an.

Italien. Die Kammer nahm am Montag nach längerer Debatte, in der auch Ministerpräsident Sonnino das Wort nahm, das provisorische Budget mit 224 gegen 65 Stimmen an.

Frankreich. Der Senat hat den Gesetzentwurf angenommen, in dem die im Wege gegenseitiger gütlicher Vereinbarung festgesetzten Bedingungen für den Rückkauf der Westbahn bewilligt werden. — Der Minister des Aeußern erstattete, erst am 28. Dezember über die Marokko-Angelegenheit zu verhandeln; er werde an diesem Tage in der Lage sein, die Ergebnisse der mit der marokkanischen Sondergesandtschaft gepflogenen Verhandlungen bekannt zu geben.

Rußland. In der Debatte über die Sprache an den örtlichen Gerichten nahm die Duma am Montag mit allen gegen die Stimmen der Rechten den Antrag des Oktobristen Antonow an, wonach an den Friedensgerichten in solchen Gegenden, in denen ein bedeutender Teil der Bevölkerung der russischen Sprache unkundig ist, den Prozeßparteien im mündlichen Verkehr der Gebrauch der örtlichen Sprache gestattet sein soll.

Von dem finnländischen Zuschuß zu den russischen Militärausgaben für 1908/1909 ist am Montag die Hälfte im Betrage von zehn Millionen Mark an die russische Staatskasse ausgezahlt worden.

Türkei. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Konstantinopel: Die Regierung traf mit der Bagdadbahn, andererseits diese mit der Mersina-Tarsos-Adanabahn eine Vereinbarung, nach der die Bagdadbahn die anfänglich festgelegte Strecke nach Adana aufgibt und nach Jenidje geleitet wird; dort wird die Adana-Bahn das Eisenbahnnetz Mersina-Adana benutzt. Die Kosten der erforderlichen Umänderung des Unterbaues gehen zu Lasten der Bagdadbahn; die Einnahmen der Strecke von Jenidje nach Adana fließen der Mersina-Gesellschaft zu.

Chile. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben.

Der Bergarbeiterausstand in Australien. Aus Sydney erfahren wir: Die Vereinigung der Bergleute des Nordreviers hat an die Bergleute des Südreviers ein Zirkular erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, fest zu bleiben, und worin die Vereinigung erklärt, daß sie selbst die Löhne des obligatorischen Lohnamtes nicht annehme. Ferner wird gemeldet, daß die North Sydney Gas Company nicht mit Kohlen versehen ist, und daß 70 000 Einwohner am Montag abend ohne Gasbeleuchtung sein würden.

Die Luftschiffahrt.

„Z. II" in der Kölner Ballonhalle vom Sturm beschädigt. Aus Köln wird gemeldet: Nachträglich wird bekannt, daß das starke Sturmwetter am Sonnabend auch dem in der hiesigen Luftschiffhalle untergebrachten Militärluftschiff „Z. II" übel mitgespielt hat. In dem Augenblicke, als man die großen Haupttore, die infolge ihres außergewöhnlichen Gewichtes nur durch Motorkraft geöffnet werden können, aufmachte, stieß der orkanartige Sturm in die Halle und zerschlug die Hauptsteuerung des „Z. II". Da sich das Hinterschiff des Ballons mit der Hauptsteuerung direkt am Haupteingange der großen Hallentore befand, so boten die Flächen des Hauptsteuers dem Sturme eine sehr günstige Angriffsfläche. Der Sturm fand in der Halle keinen Ausweg, wodurch sehr leicht die ganze Bedachung der Halle hätte zerstört werden können, was von unberechenbaren Folgen für das Luftschiff gewesen wäre.

„M III" und „P III". Aus Berlin wird uns gemeldet: Das neue Militärluftschiff „M III" konnte gestern (Montag) des starken Windes wegen die beabsichtigte Probefahrt nicht unternehmen. Infolge des Sturmes konnte auch der „P III" seine Fahrt von Bitterfeld nach Berlin nicht unternehmen.

Verleihung der Goldenen Medaille. Die Pariser Akademie der Wissenschaften hat dem Grafen Zeppelin und anderen hervorragenden Aviatikern die Goldene Medaille verliehen.

Aus Nah und Fern.

Der Gesundheitszustand der Zarin hat sich, wie der „Times" aus Petersburg telegraphiert wird, außerordentlich gebessert. Sie hat in Begleitung des Zaren eine Reihe von Ausflügen in die Umgegend von Livadia gemacht. Am Sonntag besichtigte das russische Kaiserpaar die schwimmende Ausstellung russischer Industrie- und Landesprodukte, die in den nächsten Tagen von Sebastopol aus die Balkanstaaten besuchen soll.

Cooks Dokumente. Aus Kopenhagen wird uns gedrahtet: Entgegen der Meldung eines auswärtigen Blattes, daß die Prüfung der Dokumente Cooks keinen Beweis dafür erbracht hätten, daß Cook den Nordpol erreicht habe, wird festgestellt, daß bisher keinerlei Beschluß gefaßt wurde und das Ergebnis der Untersuchung frühestens in 14 Tagen zu erwarten ist.

Schwerer Bauunfall. In Ennigerloh (Westfalen) ist am Montag nachmittag auf dem Neubau einer Zementfabrik ein Baugerüst eingestürzt und hat die darauf befindlichen Arbeiter verschüttet. Drei Tote und sechs Schwerverletzte sind unter den Trümmern hervorgeholt worden. Mehrere Bauarbeiter sollen sich noch unter den Trümmern befinden.

Ein Großfeuer äscherte in Ostheim (Rhöngebirge) sieben Häuser mit allen Vorräten ein.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Grundbesitzers Rudolf Platz, der am 27. Oktober vom Schwurgericht Stendal zweimal zum Tode verurteilt worden war, weil er am 11. Juli die Fabrikarbeiter Henrichs und Langwisch ermordet hatte.

Furchtbare Brandkatastrophe. In dem großen Bazar von Arding & Hobbs im Londoner Stadtteil Clap kam am Montag nachmittag, während das Gebäude infolge des Weihnachtsverkehrs dicht gefüllt war, Feuer aus. Der Brand wurde dadurch gesichert, daß die Dekorationen sofort Feuer fingen. Der ganze Häuserblock, der über 40 Ar bedeckt, wurde zerstört. Bisher wurden drei Tote geborgen. Viele Personen, die aus den obersten Stockwerken auf die Straße sprangen, sind verletzt worden. An den Rettungsarbeiten beteiligte sich auch der in der Nähe wohnende Arbeitsminister Burns, der mit einem Postsack auf dem Kopf in das Gebäude einzudringen versuchte. Er wurde jedoch durch die einstürzende Fassade daran gehindert und konnte sich nur mit genauer Not in Sicherheit bringen.

König Leopolds Erben. Prinzessin Luise trifft Anstalten, an alle Schlösser und sonstigen Besitztümer, die König Leopold der Baronin Vaughan hinterlassen hat, die gerichtl-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190912212-14/fragment/page=0001

lichen Siegel anlegen zu lassen. Sie hofft, durch das von ihr angestrengte Gerichtsverfahren mindestens 70 Millionen für die Erben des Königs herauszuschlagen, anstatt der 15 Millionen, die der König ihr und ihren beiden Schwestern testamentarisch vermacht hat. Dabei rechnet sie auf den Beistand des Prinzen Albert. — Ueber die am Sonnabend abend erfolgte erste Anlegung der gerichtlichen Siegel an das Schloß Balincourt, das der Baronin Vaughan von dem verstorbenen Könige der Belgier geschenkt worden war, werden jetzt noch einige interessante Einzelheiten bekannt, wie aus nachstehender Meldung des „L.-A." aus Paris hervorgeht: Gegen 4 Uhr am Sonnabend nachmittag traf bei dem Friedensrichter des Ortes Marines, von dem das im Departement Seine et Oise gelegene Schloß abhängt, der Brüsseler Advokat Janssen ein und überbrachte ihm einen von Thibault, dem Gerichtspräsidenten von Pontoise, unterfertigten Befehl, sofort die Siegel an das Schloß Balincourt anzulegen. Der Befehl war ausführlich begründet und auf Antrag der Prinzessin Luise von Koburg, der ältesten Tochter des verstorbenen Königs Leopold, ergangen. Der Friedensrichter stieg um 6 Uhr in das Automobil des Advokaten und fuhr mit ihm zusammen nach Balincourt, wo man kurz darauf anlangte und von dem Verwalter Bellort vergebens Einlaß begehrte. Der Friedensrichter war nach langem, vergeblichem Parlamentieren mit dem Verwalter des Schlosses genötigt, die Gendarmerie zu requirieren. Nach deren Ankunft — es war mittlerweile 9 Uhr abends geworden — wurde kein weiterer Widerstand entgegengesetzt, Richter und Advokat traten ein und entledigten sich ohne Zwischenfall ihrer Aufgabe. In sämtlichen Gemächern des weitläufigen Schlosses wurden die Siegel angelegt. Wenige Stunden vor dieser Amtshandlung hatten drei Automobile das Schloß durch eine Seitentür verlassen. In dem einen befanden sich die beiden Kinder der Baronin Vaughan, die beiden anderen waren mit großen Koffern schwer beladen. Alle drei Fahrzeuge fuhren in rasender Eile nach Paris, wobei sie, ohne anzuhalten, durch den Oktroiposten entgegen der gesetzlichen Bestimmung hindurchfuhren. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, den Ort ausfindig zu machen, an dem die drei Wagen haltgemacht haben. Man vermutet aber, daß sich in den Koffern die wertvollsten Besitzstücke der Baronin Vaughan befanden, die auf diese Weise der Verfolgung durch die Prinzessin Luise entzogen worden sind. Eine Stunde nach der Anlegung der Siegel kam ein Telegramm der Baronin Vaughan aus Brüssel an, in welchem diese der Dienerschaft den Befehl gab, sich mit allen Mitteln, und wenn es auch zu schweren Folgen käme, der Beschlagnahme zu widersetzen. — Später erfahren wir noch aus Brüssel: Prinzessin Luise ist am Montag abend um 7 Uhr auf dem Bahnhof Schaerbeek in Begleitung zweier Damen angekommen. An der deutschen Grenze erwartete im Auftrage des Prinzen Albert General Dony die Prinzessin, die sofort nach ihrer Ankunft in das Schloß Belvedere fuhr.

Provinz Sachsen und Umgebung.

‡ **Worbis**, 20. Dez. (Sah ein Knab' ein Röslein steh'n".) Der Gedanke, dem Komponisten des Goetheschen Liedes „Sah ein Knab' ein Röslein steh'n", Heinrich Werner, in seinem Geburtsorte Kirchohmfeld bei Worbis ein Denkmal zu setzen, ist nunmehr seiner Ausführung nahe gerückt. Es hat sich ein Komitee gebildet, welches an alle Sangesbrüder, besonders die Gesangvereine, die Bitte um eine Spende für das Unternehmen ergehen läßt, damit ein des Komponisten würdiges Denkmal zustande kommt. Ein schlichter Stein mit dem Relief des Komponisten soll gesetzt, rings um die Steingruppe eine einfache und doch schmucke Anlage geschaffen werden. Das Denkmal soll im kommenden Sommer enthüllt werden. Herr Seminar-Musiklehrer Apel-Heiligenstadt wird die Leitung der Festlichkeit übernehmen. Alle Gesangvereine des Eichsfeldes werden zu der Enthüllungsfeier eingeladen, um am Denkmal gemeinsam das Lied vom „Heideröslein" zu singen. Auch die Seminarchöre zu Heiligenstadt, Duderstadt und Mühlhausen werden eingeladen, um durch Gesangsvorträge das Fest verschönern zu helfen.

— **Weimar**, 20. Dezember. (Steckbrief.) Hinter dem vor 14 Tagen geflüchteten Bankier und niederländischen Konsul Richard Schulze ist von der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen worden. Es hat sich, wie der „L.-A." meldet, herausgestellt, daß Sch. sich in geradezu unglaublicher Weise an den ihm anvertrauten Geldern vergriffen hat. Ueber den Aufenthaltsort Schulzes bestehen nicht einmal Vermutungen.

W. **Gera**, 19. Dez. (Ueberfahren und getötet.) Auf dem Eisenbahngleise in der Nähe der Station Hermsdorf wurde ein vom Zuge überfahrener Mann tot aufgefunden. So weit sich ermitteln ließ, ist der Getötete ein Fleischer aus Gera. Die Leiche wurde nach Hermsdorf gebracht.

W. **Greiz**, 19. Dez. (Bau eines neuen Justizgebäudes.) Der Landtag des Fürstentums Reuß ä. L. hat in seiner gestrigen Sitzung die Regierungsvorlage betreffend den Bau eines neuen Justizgebäudes nach dem Entwurf des Professors Holtmeyer-Kassel mit einem Kostenaufwande von rund 400 000 Mark angenommen, die aus den vorhandenen Beständen zu entnehmen sind.

W. **Meiningen**, 20. Dez. (Landtag.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff am 17. cr. Exzellenz Schaller und Geheimer Staatsrat Trinks das Wort, um Ausführungen richtig zu stellen, die vom Abg. Eckardt jun. in den letzten Sitzungen über das Zuchthaus Hildburghausen und den Fall Bauer in Breitungen, gemacht worden waren. Sodann wurde über das Gesuch der Stadt Sonneberg, die dortige Realschule, der erst Ostern dieses Jahres eine Obersekunda beigefügt wurde, nunmehr zu einer Vollanstalt auszubauen, verhandelt. Abg. Eberlein empfiehlt namens des Gesuchsausschusses das Gesuch der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen unter der Bedingung, daß Kreis und Stadt Sonneberg einen angemessenen, d. h. einen größeren Zuschuß leisten. Abg. Enders stellte dagegen den Antrag, den Antrag Eberlein insofern einzuschränken, daß das Gesuch der Stadt Sonneberg der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen würde und begründet seinen Antrag damit, daß bisher der Grundsatz geherrscht habe: Staatsschulen müssen auch vom Staate unterhalten werden. Geheimer Staatsrat Trinks findet den Zeitpunkt des Gesuches unglücklich gewählt, da die finanzielle Lage des Herzogtums noch unklarkt sei und das Bedürfnis des Ausbaues der Schule noch nicht nachgewiesen sei. Staatsminister von Ziller bittet, wegen der finanziellen Tragweite die Entscheidung über das Gesuch auszusetzen, bis über die Aussicht des vorgelegten Gesetzentwurfes über die Einkommen- und Vermögenssteuer Klarheit geschaffen sei. Abg. Dr. Michaelis erinnert daran, daß der Landtag im vorigen Jahre, als er dem Vorschlage zur Errichtung der Obersekunda zustimmte, von der Voraussetzung ausgegangen sei, die Regierung würde zu Ostern 1910 auch eine Prima einrichten. Diese Annahme habe die Regierung aber nicht erfüllt, Abg. Samhammer hält den Ausbau der Schule für eine Lebensfrage für die Stadt und den Kreis Sonneberg. Die Abgeordneten Hofmann und Eckardt jun. sind mit dem Staatsminister für Vertagung der Angelegenheit. Die Abgeordneten Wehner und Knauer sind dagegen für sofortige Abstimmung. Auch Abg. Ries spricht sich für den Antrag Enders aus. Der Antrag wird schließlich mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Weiter stand die Wahl eines Buchhalters für die Herzogliche Staatsschuldtilgungskasse auf der Tagesordnung. Für die Stelle wurde der Oberrevisor Rexroth gewählt. Hierauf vertagte sich der Landtag bis zum 10. Januar 1910.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

am 20. Dezember.

Vorsitzender: Geheimrat Steckner. Zunächst gibt dieser folgenden sozialdemokratischen Antrag bekannt: Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um sofortige Auskunft darüber zu ersuchen, welche Vorkommnisse den Stadtrat Dr. Krahmer zur Amtsniederlegung veranlaßt haben. Mit dieser Amtsniederlegung hängt auch ein nachträglich eingegangener Magistratsantrag zusammen, der die Einstellung eines Assessors für die Dauer der Vakanz einer besoldeten Stadtratsstelle fordert. Weiter liegt eine Eingabe des Ortsverbandes Halle des Deutschen Transportarbeiterverbandes vor, der die Gründung einer Fahrschule in Halle beantragt mit der Begründung, daß die Einrichtung eines geschulten Fahrpersonals dringende Notwendigkeit wäre. Diese Eingabe wird dem Magistrat zur Prüfung überwiesen und die Weiterbehandlung auf sechs Wochen zurückgestellt. Hierauf nimmt

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive das Wort zu einer Erklärung, der wir, soweit sie — bei den mancherlei Zwischenrufen — am Berichterstattertische verständlich war, folgendes entnehmen: Es ist Ihnen inzwischen bekannt geworden, daß Herr Stadtrat Dr. Krahmer aus dem Dienste der Stadt ausscheidet. Diese Tatsache hat ein hiesiges Blatt, die „Saale-Zeitung", zum Gegenstande von Betrachtungen gemacht, welche sich gegen meine Person richten. Die „Saale-Zeitung" hat schon seit geraumer Zeit es sich angelegen sein lassen, meine Geschäftsführung zu bemängeln, meinen Charakter und meine Fähigkeiten anzuzweifeln. So lange diese Angriffe sich mit meiner Person ausschließlich befaßten, habe ich sie stets amtlich ignoriert. Auch als Privatmann hat mich die Meinung der „Saale-Zeitung" wenig alteriert. Anders aber, wenn durch eine Notiz Unruhe in die Bürgerschaft hineingetragen wird, das zwingt mich, aus meiner Reserve herauszutreten.

Was den Grund des Dienstausstrittes des Stadtrats Dr. Krahmer anlangt, so kann ich nur das mitteilen, was den Mitgliedern des Magistrats und mir bekannt ist. Herr Krahmer trägt sich darnach schon seit Jahr und Tag mit dem Gedanken, Rechtsanwalt zu werden. Mir persönlich hat er schon vor einem halben Jahre gesagt, daß ihm eine Tätigkeit doch mehr zusagen würde, in der er seine Vorlesungen an der Universität fortsetzen könnte und die berechtigte Erwartung einer höheren wirtschaftlichen Bewertung seiner Leistungen hegen dürfte. Er hat auch die Bemerkung nicht unterdrückt, daß er im Gehalt beträchtlich hinter seinen Kollegen zurückstehe. Ich mußte ihm Recht geben und es ist auch nicht zu verkennen, daß unsere Gehälter ihm gegründeten Anlaß zur Klage gegeben haben. Den gleichen Plan wie mir hat er aber schon vor länger als einem Jahre seinen Kollegen mitgeteilt, so daß niemand einen Zweifel darüber gehabt hat, daß er aus dem Magistratskollegium auszuscheiden gedachte. Soviel mir bekannt geworden ist, hat er sich inzwischen auch um eine leitende kommunale Stellung beworben, es ist ihm aber sein Vorhaben nicht geglückt, und das mag ihn veranlaßt haben, auf seinen ursprünglichen Plan zurückzukommen und sich mit einem hiesigen Rechtsanwalt zu verbinden, welches Verhältnis am 1. Januar anfangen soll.

Dies die Mitteilung über den Sachverhalt, soweit Herr Dr. Krahmer ihn uns erklärt hat. Andere Gründe sind mir nicht bekannt. Insbesondere ist das nicht ein Konflikt zwischen ihm und dem Magistrat gewesen, auch nicht ein Konflikt mit mir. Wenn Gerüchte in der Bürgerschaft umlaufen, ich hätte Veranlassung zum Ausscheiden Dr. Krahmers aus seinem Amte gegeben, so ist das eine vollkommene Verkehrung der Tatsachen. Seine Dezernatsgeschäfte sind von mir vermindert worden, denn er war seit langem überlastet. Das trat so zutage, daß die Interessen des Dienstes es nicht gestatteten, Herrn Dr. Krahmer ohne Erleichterung zu lassen. Der Redner führte nun aus, wie die Entlastung bewirkt worden ist. Das Dezernat des Grundeigentums, das ein so umfangreiches sei, verlangt, daß Herr Dr. Krahmer von anderen Obliegenheiten befreit wurde. Von einem Konflikt mit uns ist nichts bekannt. Aber auch Behauptungen über angebliche Zustände auf dem Rathause können Herrn Dr. Krahmer keinen Anlaß geboten haben, aus dem Dienste auszuscheiden. Der plötzliche Austritt ist aber damit erklärt, daß das Sozietätsverhältnis am 1. Januar beginnen soll. Ich glaube, führt der Redner fort, ich finde bei der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung noch soviel Glauben, daß sie einen Beweis dafür, daß Herrn Dr. Krahmer durchaus in der rechten Weise begegnet worden ist, nicht für notwendig erachtet wird. Gleichwohl will ich hinweisen auf die Tatsache, daß vor einem oder zwei Jahren, als Herr Dr. Krahmer mit einem Gesuche an die Stadtverordneten herantrat, es möge ihm gestattet werden, Vorlesungen an der Universität zu halten, eine große Opposition gegen dieses Gesuch sich erhob. Wer hat Ihnen nun diese Bitte um Genehmigung eindringlich ans Herz gelegt? . . . Gleichwohl war es mir nicht gelungen, Sie für Genehmigung zu gewinnen. Ein halb- Jahr später ist dieses Gesuch abermals von mir befürwortet worden und die Garantie, die ich für die unveränderte Leistungsfähigkeit für ihn aussprach, hat Sie bewogen, das Gesuch zu genehmigen. Vor einem halben oder dreiviertel Jahre wurde seine Verwaltung im Landgüterdezernat scharf angegriffen. Mit Unrecht, und ich habe diese Angriffe als unberechtigt zurückgewiesen. Sie haben meinem Wort Glauben geschenkt und ich habe Ihnen abermals bewiesen, daß kein Grund vorhanden ist, an eine Voreingenommenheit meinerseits zu denken. Wie würde auch ein solches Verhältnis denkbar sein, wenn der Grund zutreffend wäre, den die „Saale-Zeitung" für das Ausscheiden Dr. Krahmers anführt. Weiter: Sie kennen mich aus einer Fülle von Deputationen, deren Vorsitzender ich bin. In allen Sitzungen dieser Deputationen muß ich mit den Stadtverordneten und Vertretern der Bürgerschaft zusammenwirken. Nun möchte ich jeden von Ihnen aufrufen, ob ein Einziger mir sagen kann, daß er jemals einen Einfluß von der Art gemerkt hat, den mir die „Saale-Zeitung" zum Vorwurf macht. Ich glaube, daß dort der Ton herrscht, der sein muß, wenn ein ersprießliches Zusammenwirken erreicht werden soll.

Nun muß ich mich noch mit einigen Worten der „Saale-Zeitung" selbst zuwenden. Ich weiß, ich habe die Gunst dieses Blattes und ihres Lokalredakteurs verscherzt, ich habe mir eine große Schuld dem Blatte gegenüber aufgeladen. Als nämlich die Artikel des Blattes gegen mich immer toller wurden, sich oft zu Pamphleten gegen mich gestalteten, da habe ich das Abonnement des Blattes aufgegeben. Ich wollte nicht haben, daß das, was dort mich Herabwürdigendes steht, von meinen Kindern, von meinen Dienstboten gelesen würde. Das war mein gutes Recht. Alles das habe ich mir auch ruhig gefallen lassen. Seitdem ist der Groll dieses Blattes maßlos. Jetzt aber habe ich erkennen müssen, daß diese Art der persönlichen Bekämpfung und der Außerachtlassung jeglicher Objektivität geeignet ist, die öffentliche Ruhe zu stören. Dieses Verhalten des Blattes ist bedenklich und Sache der Bürgerschaft und Stadtverordneten ist es, sich dagegen zu wehren. Wenn Mängel vorkommen, dann soll die Kritik sich aber nur auf beweiskräftige Tatsachen stützen. Es sollte nicht Aufgabe einer Zeitung sein, sensationell um jeden Preis beim Publikum wirken zu wollen, das entfernt sich weit von vornehmer Publizistik. Herr Stadtrat Dr. Krahmer hat gewünscht, daß sein Dienstausstritt nicht zum Gegenstande von Erörterungen gemacht wird. Gegenüber diesem ausdrücklich erklärten Wunsche hat die „Saale-Zeitung" das Gegenteil getan. Das ist meine Erklärung.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß ein Magistratsantrag eingegangen ist, daß, weil Stadtrat Dr. Krahmer sein Ausscheiden aus dem Magistrat für den 31. Dezember angezeigt hat, die Wahl eines besoldeten Stadtrates zu bewirken und die Besoldung festzusetzen ist. Dieser Antrag wird dem Etatsausschuß überwiesen. Desgleichen hat der Magistrat den bereits mitgeteilten Antrag auf Einstellung einer Hilfskraft (Assessor) gestellt. Weiter teilt der Vorsitzende den Inhalt eines an ihn gerichteten Briefes des Herrn Stadtrat Dr. Krahmer mit, in dem dieser bittet, einzige Erörterungen über sein Ausscheiden als nicht in seinem Sinne liegend zu erklären, da die Presse bereits hierzu in einem höheren Maße Stellung genommen habe, als ihm lieb sei. Auf Anfragen des Stadtv. Thiele, zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages, bemerkt Bürgermeister v. Holly, daß sowohl die Meinung des Stadtv. Thiele wie die der „Saale-Zeitung" eine durchaus irrige sei. Es herrsche im Magistrat keine Partei für den einen oder gegen den einen. Die besten Gründe hätten die beste Aussicht, durchzugehen. Wir fühlen uns tief darüber betrübt, wie die „Saale Zeitung", die am wenigsten mit uns in Fühlung steht, dazu kommt, zu behaupten, daß nur einer im Magistrat etwas zu sagen hat. Ueberall findet bei uns eine lebhafte Erörterung statt, die verschiedenst gearteten Meinungen finden sich zusammen, denn immer ist es die Sache, nicht die Person, die bestimmend ist. Der Redner erhebt Protest gegen die Unterstellungen der „Saale-Zeitung".

Hierauf wird in die geschäftliche Behandlung des Antrages Thiele eingetreten, der nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gegen 18 Stimmen abgelehnt wird, so daß der Antrag erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung im Januar kommen soll. Bei späteren Beratung des Antrages auf Einstellung eines Assessors wird er wieder aufgenommen. Inzwischen tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein.

1. Genehmigung des Vorentwurfes für Anlage eines neuen Friedhofes an der Dessauerstraße und Mittelbewilligung zur Aufstellung des Hauptentwurfes. Diese Vorlage hat die Stadtverordnetenversammlung bereits in ihrer letzten Sitzung beschäftigt, in der aber beschlossen wurde, daß auch der Bauausschuß sich mit dieser Angelegenheit befassen möge, damit ein allseitig klares Bild gewonnen werde. Der Bauausschuß hat inzwischen die Sachlage erörtert und der Magistrat ersucht nun die Versammlung, dem von der Friedhofsdeputation vorgelegten allgemeinen Vorplane für eine neue Friedhofsanlage an der Dessauerstraße, sowie dem Magistratsbeschlusse vom 15. Oktober 1909 zuzustimmen, wonach zur Ausarbeitung des endgültigen Bauplanes 2000 Mk. vorschußweise aus der Anleihe gefordert werden. Zur Begründung der Vorlage wird auf den Bericht der Friedhofsverwaltung vom 1. August 1909 Bezug genommen und nochmals hervorgehoben, daß zunächst nur eine grundsätzliche Entschließung dahin beantragt wird, daß eine neue Friedhofsanlage notwendig und diese unter Zugrundelegung der vorgelegten Vorentwürfe für Gräber- und gärtnerische Anlagen und Bauten geschaffen wird. Der Ausbau des Friedhofes soll allmählich unter entsprechender Berücksichtigung des jeweiligen Bedürfnisses erfolgen. Ueber den ersten Ausbau, welcher außer den erforderlichen Hochbauten nur einen kleinen Teil der Gräberanlagen umfassen wird, soll so rechtzeitig Vorlage gemacht werden, daß im Frühjahre 1910 mit der Ausführung begonnen werden kann. Ueber diese Vorlage berichten befürwortend die Stadtvv. Giese und Prof. Dr. v. Blume. Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu mit einigen Bedingungen, die der Bauausschuß vorgeschlagen hat.

2. Abänderung der Fluchtlinien und Höhenlagen für die Straßen C und D, sowie für die zwischen letzterer und der Beyschlagstraße belegenen Strecken der Streiber- und Rudolph Haymstraße. Bei Festsetzung der Bedingungen für den Ausbau der auf dem Gelände hinter Preßlers Berg festgesetzten Straßenzüge haben sich einige allerdings nur geringfügige Aenderungen der Fluchtlinien und Höhenlagen für die Straßen C und D sowie für die zwischen letzterer und der Beyschlagstraße belegenen Strecken der Streiber- und Rudolph Haymstraße als nötig erwiesen. Diese Abänderungen sind mit dem Besitzer des Geländes vereinbart. In der Annahme, daß die Verträge über den Ausbau dieser Straßen zustande kommen werden, wird die Stadtverordnetenversammlung ersucht, sich unter teilweiser Aufhebung der entgegenstehenden früheren Beschlüsse mit der Festsetzung der Fluchtlinien und Höhenlagen einverstanden zu erklären. Der Berichterstatter, Stadtv. Stephan, empfiehlt die Magistratsvorlage mit einem Zusatzantrage des Bauausschusses. Weiter beantragt der Berichterstatter Uebergang zur Tagesordnung bezüglich einer Eingabe der Luckeschen Erben. Es wird so beschlossen.

3. Genehmigung von Verträgen über Straßenausbau. Der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten: a) dem Abschluß der mit dem Rittergutsbesitzer Max Beyer in Dresden vereinbarten Verträge über den Ausbau der Straße C von der Liebenauerstraße bis zur Straße D sowie der Streiberstraße von der Straße C bis zur Beyschlagstraße, der Straße D zwischen Streiberstraße und Pfännerhöhe, der Rudolph Haymstraße zwischen Straße D und Beyschlagstraße und der Beyschlagstraße zwischen Rudolph Haymstraße und Pfännerhöhe nach Maßgabe der vorgelegten Entwürfe und Kostenanschläge zuzustimmen und die für die Straßen C und D von der Stadtgemeinde vorläufig zu veranlagenden Kosten von 4944,70 Mk. bezw. 11 134,32 Mk. und 2926 Mk. für die auf das Luckesche bezw. das Reimannsche und die Lauesche Grundstücke entfallenden Kosten, welche von Beyer mit 4½ Prozent bis zu ihrer Einziehung zu verzinsen sind, aus der Anleihe von 1900 zu bewilligen; b) unter Aufhebung der jetzigen für die Beyschlagstraße festgesetzten Einheit (von der Streiberstraße bis zur Pfännerhöhe) die Wiederherstellung der früheren drei Einheiten von Querstraße zu Querstraße, also von der Streiberstraße bis zur Bernhardstraße, von der Bernhardstraße bis zur Rudolph Haymstraße und von der Rudolph Haymstraße bis zur Pfännerhöhe zu beschließen. Ohne die Aufhebung der jetzt bestehenden Einheit ist der beabsichtigte Ausbau der Beyschlagstraße von der Rudolph Haymstraße bis zur Pfännerhöhe als Unternehmerstraße nicht möglich. Zu dem Entschlusse des Magistrats, dem Antrage auf Aufhebung der jetzigen Einheit zuzustimmen, bewog ihn der Umstand, daß durch die Wiederherstellung der früheren Einheiten die Anlieger entgegen bisheriger Annahme keinen Nachteil erleiden. Eine Berechnung der Freilegungskosten sowohl für die Strecke von der Streiberstraße bis zur Bernhardstraße als auch für die ganze Strecke Streiberstraße bis Pfännerhöhe hat ergeben, daß die auf die einzelnen Anlieger entfallenden Beiträge in beiden Fällen sich fast gleich bleiben. Sie weichen nur um einige Mark von einander ab. Der vom Magistrat gestellten Vorbedingung, den Fußweg auf Preßlers Berg von der Streiberstraße nach dem früher Bauerschen Grundstück sofort nach Abschluß der Verträge freizugeben und freizuhalten, bis die Straße C, Streiberstraße und die Straße D für den Verkehr hergestellt sind, ist Herr Beyer bereits nachgekommen. Durch den Ausbau der vier Straßen könnte reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen. Auch über diese Angelegenheit berichtet Stadtv. Stephan in zustimmendem Sinne und auch die Stadtverordneten erklären sich hierfür.

4. Fluchtlinienfestsetzung für einen Teil der Talstraße westlich der Cröllwitzer Brücke. Der Berichterstatter, Stadtv. Reichardt, führt dazu aus, daß für die Talstraße westlich der Cröllwitzer Brücke bisher nur Fluchtlinien festgesetzt worden sind, soweit es sich um die Strecke zwischen der wilden Saale und dem Heidewege handelt. Es bedarf aber noch der Fluchtlinienfestsetzung für den an der Saale entlang führenden Teil auf der nicht von der Wiese begrenzten Strecke. Der vom Tiefbauamt aufgestellte Plan sieht zugleich eine geringfügige Aenderung der bereits bestehenden Fluchtlinien an der Südostecke des Kgl. Landgestüts Kreuz vor. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersucht Magistrat daher die Stadtverordnetenversammlung, sich unter teilweiser Aufhebung des entgegenstehenden früheren Beschlusses mit der Festsetzung der Bau- und Vorgarten-Fluchtlinien einverstanden zu erklären. Die Höhenlage der Straße bleibt unverändert. Die Vorlage wird angenommen.

5. Einrichtung einer neuen Stelle für eine technische Lehrerin an der höheren Mädchentechnische Schule. Ostern 1910 soll eine neue Stelle für eine technische Lehrerin an der höheren Mädchenschule eingerichtet werden. Im Schuljahre 1910/11 sind an der höheren Mädchenschule 41 technische Unterrichtsstunden vorhanden, welche den angestellten Lehrerinnen nicht mehr überlragen werden können. Die neue technische Lehrerin hätte 26 Stunden wöchentlich zu übernehmen, so daß noch 15 Stunden wöchentlich von einer Hilfslehrerin zu erteilen wären. Die technische Lehrerin erhält als Grundgehalt 1000 Mk., als Wohnungsgeldzuschuß 80 Mk., als Amtszulage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190912212-14/fragment/page=0002

einer technischen Lehrerin an der höheren Mädchenschule 200 Mk., zusammen 1630 Mk. Bei der Anstellung einer neuen technischen Lehrerin könnten im Haushaltsplane für 1909 vorgesehene 1008 Mk. für Zeichenstunden abgesetzt und die eingestellten 1102,50 Mk. für technische Stunden um 315 Mk. gekürzt werden. Berichterstatter Prof. Dr. Bangert befürwortet die Vorlage, die debattelos genehmigt wird.

6. Anschluß der städtischen Mittelschulen an die Alterszulagekasse und Ruhegehaltskasse des Regierungsbezirks Merseburg. Magistrat ersucht die Stadtverordneten, zu genehmigen, daß die Stadt Halle a. S. mit ihren Mittelschulen am 1. April 1910 sich der Alterszulagekasse und der Ruhegehaltskasse des Regierungsbezirks Merseburg unter der Bedingung anschließt, daß die an frühere Lehrer und Lehrerinnen an den Mittelschulen von der Stadt jetzt zu zahlenden Ruhegehälter von der Ruhegehaltskasse übernommen werden. Von der Vorlage selbst und ihrer Begründung haben wir bereits unseren Lesern Mitteilung gemacht. Der Berichterst. Stadtv. Dr. Bangert spricht für die Vorlage, die von den Stadtverordneten genehmigt wird.

Es folgt die Festsetzung von Haushaltungsplänen. Versammlung setzt 7. den Haushaltsplan der Assessor Karl Müller-Stiftung für das Rechnungsjahr 1910 fest. Er schließt in Einnahme und Ausgabe bezüglich der Haushaltung mit 4486 Mk., bezüglich der Darlehnsstiftung mit 3490 Mk. ab (Berichterstatter Stadtv. Knabe); 8. den Haushaltsplan der Geschwister Röser-Stiftung für das Rechnungsjahr 1910, abschließend in Einnahme und Ausgabe mit 8500 Mk. (Berichterstatter Stadtv. Dehne); 9. den Haushaltsplan der Paul Riebel-Stiftung für das Rechnungsjahr 1910, schließend in Einnahme und Ausgabe mit 77 770 Mk. Stadtv. Thiele bemängelt einen Ausgabeposten in Höhe von 575 Mk. für die Anbringung eines Flaggenmastes. Stadtv. Springer, der Berichterstatter, entgegnet, da vermutlich auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaate geflaggt werden würde, so sollte Herr Thiele sich zufrieden damit geben, daß der Flaggenmast hierfür schon da sei. Versammlung setzt 10. den Haushaltsplan der Brumhard-Stiftung für das Rechnungsjahr 1910 in Einnahme und Ausgabe auf 5513,80 Mk. fest, ferner 11. den Haushaltsplan der Ehrlichschen Stiftung in Einnahme und Ausgabe auf 12 936,35 Mk. und 12. den Haushaltsplan der Stiftung Adelheidsruh auf 2760 Mk. Berichterstatter sind hier die Stadtvv. Aßmann und Probst.

13. Gesuch um Verlegung der am Pfarrgarten der Moritzgemeinde stehenden Bedürfnisanstalt durch den dritten kommunalen Bezirksverein (Süd und West). Ueber dieses Gesuch wird auf Antrag des Petitionsausschusses zur Tagesordnung übergegangen.

14. Gesuch um Herstellung des Straßenkanals in der Talstraße bis zum Grundstück Nr. 15. Der Bauunternehmer Karl Strubel bittet um baldige Herstellung des Straßenkanals bis an seinen Neubau Talstraße Nr. 15. Der Berichterstatter Stadtv. Thiele befürwortet dieses Gesuch, dem auch zugestimmt wird.

15. Gesuch des Kaufmanns K. Schulze um Beleuchtung des Promenadenweges von der Peißnitzbrücke bis an Lehmanns Felsen. Berichterstatter Stadtv. Greßler beantragt Uebergang zur Tagesordnung, die von den Stadtverordneten beschlossen wird. Ein Antrag, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, wird abgelehnt.

16. Eingabe betr. Enteignung von Land an der Robert Franzstraße u. a. Der ehemalige Bureauvorsteher Karl Pohlmann bespricht in einer 23 Seiten langen Eingabe verschiedene zum Teil weit zurückliegende Handlungen der städtischen Körperschaften und beantragt, jedem Stadtverordneten eine Abschrift dieses Schreibens unter Briefumschlag zuzuschicken. Er beantragt ferner, daß zu Punkt 20, 24, 26 und 34 seiner Eingabe Abhilfe geschafft werde. Auch zu dieser Eingabe beantragt der Berichterstatter Stadtv. Greßler Uebergang zur Tagesordnung, welchem Antrage ohne weiteres stattgegeben wird.

17. Gesuch um Befriedigung einer angeblichen Forderung. Der Tischlermeister Chr. K. Zwanzig bittet um Befriedigung seiner aus der Bewachung des ehemaligen Schulgrundstücks an der Poststraße herrührenden Ansprüche. Auch in diesem Falle wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Berichterstatter Stadtv. Nesse.

18. Es kommt dann ein Antrag zur Verhandlung: Inanspruchnahme von Straßenland seitens der Neumärker Schützengesellschaft beim Neubau eines Gesellschaftshauses am Harz. Stadtv. Giese beantragt als Berichterstatter Genehmigung. Für das fragliche Straßenland werden 5 Mk. Anerkennungsgebühr bezahlt. Dem Antrage wird zugestimmt.

19. Zum Schluß kommt der Magistratsantrag auf Einstellung eines Assessors als Hilfskraft für den ausscheidenden Stadtrat Dr. Krahmer zur Beschlußfassung. Der Vorsitzende bemerkt, er habe Herrn Stadtrat Dr. Krahmer bei dessen Besuche seinen Zweifel darüber gelassen, daß Dr. Krahmer durch die plötzliche Niederlegung seines Amtes der Stellung des Stadtrats außerordentlich schade. — Oberbürgermeister Dr. Rive fügt hinzu, über die Plötzlichkeit der Entschließung des Stadtrats Dr. Krahmer vermöge er keine Auskunft zu geben, so viel Kenntnis seines Seelenlebens besitze er nicht. Stadtv. Giese habe von einer Rücksichtslosigkeit gegen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gesprochen. Er, Redner, wolle sich einer Kritik enthalten. Redner spricht sich gegen eine viele Monate dauernde Vertretung aus und wünscht darum die Annahme des Magistratsantrages. — Stadtv. Giese bemerkt, durch die Amtsniederlegung Dr. Krahmers würden die Geschäfte auf Wochen lahmgelegt. — Oberbürgermeister Dr. Rive: Wir haben die Schwierigkeit nicht für so erheblich angesehen, als wir Dr. Krahmer aus dem Amte entließen. Wenn ein Arbeiter nicht mit der Seele bei der Arbeit ist, sondern nur gezwungenermaßen, so wird damit der Verwaltung auch nicht gedient. — Stadtv. Thiele hält dann eine lange Rede, in der er der Vermutung Ausdruck gibt, Stadtrat Dr. Krahmer habe sich durch das Verhalten des Oberbürgermeisters ihm gegenüber zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt gesehen. Verschiedene Magistratsmitglieder hätten sich beklagt, wie schwierig ein Zusammenarbeiten mit Herrn Dr. Rive wäre. — Oberbürgermeister Dr. Rive erklärt darauf, auf diese Unterstellungen hin jedes weitere Wort sparen zu wollen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) — Hierauf wird der Antrag auf Einstellung eines Assessors angenommen und in die nichtöffentliche Sitzung eingetreten.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

= Schierke i. H., 19. Dez. (Zu den Weihnachtsferien) werden in Schierke auf dem Terrain des Grand Hotel Kurhaus (29 Morgen) wintersportliche Veranstaltungen zur Ausführung kommen unter Leitung des Herrn Stanislaus Zentzytzki, stud. mach. Erwähnt seien Bobsleighfahrten, Rodel- und Rodelspringfahrten, Skeletonfahrten, Schneeschuhschnitzeljagd, Schneeschuhspränge, illuminierte Rodelbahn, Fackelzug auf Schneeschuhen usw. Alles in Form von Preiskonkurrenzen.

Letzte Telegramme.

Das Großfeuer im Rhöngebirge.

Kassel, 21. Dezember. Von dem Großfeuer im Rhöngebirge wird berichtet, daß die Feuerwehr mit den Einwohnern um die Wette Großartiges bei dem Reitungswerk geleistet hat. Eine von vier Frauen, die in größter Gefahr schwebten, ließ sich in der Angst an der Dachrinne herunter und langte glücklich unten an. Bei der Rettung einer anderen ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Ein Feuerwehrmann glitt auf der Leiter aus und stürzte mit der Frau, die er in den Armen hielt vom dritten Stock in die Tiefe. Beide erlitten schwere Verletzungen.

Eine geladene Bombe im Eisenbahnzuge.

Breslau, 21. Dezember. In demselben Eisenbahnzuge Breslau-Gleiwitz, in dem in der vorigen Woche eine New-Yorker Dame räuberisch überfallen wurde, fand man im Gepäcknetz eines Abteils eine geladene Bombe.

„Hoffnungsvolle" Jungen.

Görlitz, 21. Dezember. Sechs Knaben, die sich zu einer Räuberbande zusammengeschlossen hatten, wurden wegen etwa 40 Einbruchsdiebstählen zu sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Zum Tode des Großfürsten Michael.

Petersburg, 21. Dezember. Die Leiche des Großfürsten Michael wird auf dem Panzerkreuzer „Bogatyr" nach Jalta und von dort nach Petersburg gebracht, wo die Beisetzung für den 4. Januar geplant ist.

Ein Lustmord.

Wien, 21. Dezember. Der 36jährige Kanalräumer Hebinger beging an der fünfjährigen Tochter eines Arbeiters einen Lustmord. Er hat die Tat bereits eingestanden.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. Die europäische Zuckererzeugung. Das am Sonntag veröffentlichte Resultat der letzten Umfrage der Zuckerindustriellen ergibt für Europa eine Zuckererzeugung von 60,45 Millionen Metzentnern, was gegenüber der vorletzten Umfrage ein Mehr von 640 000 Metzentnern bedeutet. Mit höheren Zahlen als vorher erscheinen die Ernten folgender Länder: Deutschland (um 262 000 Metzentner höher), Frankreich (um 113 000), Oesterreich (um 28 000), Belgien und Holland (je um 38 000 Metzentner). Gegen das Vorjahr beträgt die Mindererzeugung in Europa nunmehr 4½ Millionen Metzentner.

—y. Bergwerks-Aktiengesellschaft Consolidation in Schalke. In Kreisen, die der Verwaltung nahestehen, nimmt man an, daß die Gesellschaft in der Lage sein würde, der Generalversammlung für das Jahr 1909 eine Dividende von 20 Proz. vorzuschlagen. Somit dürfte das Ergebnis nur um 3 Proz. hinter dem vorjährigen Erträgnis zurückbleiben. Bis vor kurzem lauteten die Schätzungen auf 17 bis 18 Proz.

—y. Alte Bergbau Aktiengesellschaft. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates wurde die Dividende für das am 31. Dezember ablaufende Geschäftsjahr 1909 unter dem üblichen Vorbehalt auf 24 Proz. geschätzt.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 20. Dezbr. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen, Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II Dez. 240 M, Northern I Duluth Dez. 251 M, Durum I Duluth Dez. 231½ M, Jan. 232 M, Ulka 10 Pud 5/10 4 % Dez. 233½ M, Orenburger 78/79 kg Dez. 231 M, Jan. 231½ M, Samara 78/79 kg Dez. 233 M, Argent. Barletta Russo 79 kg Jan./Febr. 230½ M, Febr./März 230 M, Rosafe 78 kg Jan./Febr. 233 M. — Roggen: Südruß. 9 Pud 10/15 gute Häfen loko 181 M, Dez./Jan. 181½ M. — Futtergerste: Südr. Gerste. 60/61 kg schwim. 120 M, Dez. 120 M, Jan. 121 M, Febr. 122½ M, Mai-Juni 123½ M. — Hafer: Petersburger 50/51 kg 3½ Jan./März 162 M, März/Mai 163½ M. — Mais: La Plata schwim. 149 M, Dez. 150 M, April/Mai 144½ M, Mai/Juni 146½ M. Mixed Dampfer „Bethania" 146½ M, Dez. 146½ M, Jan./April 147 M.

— Berlin, 20. Dezbr. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen inländ. 218,00—220,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— bis —,— M. Roggen, inländ. 160,00—162,00 M ab Bahn und frei Mühle, Dezember —,— bis —,— M, Mai —,— M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 171—180 M, mittel 164—170 M, gering 158—163 M, russ. und Donau mittel 156,00 bis 162,00 M, gering 152,00 bis 155,00 M ab Bahn und frei Wagen. Dezember —,— bis —,— M. Mais, amerik. mixed. 162,00—164,00 M, etwas abfallender —,— M, türk. mixed —,— M, runder 153,00—158,00 M, frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 145—153 M, gute 154—166 M, russ. u. Donau leichte 129—132 M, schwere 133—143 M ab Bahn u. frei Wagen. Erbsen, inländ. u. ausl. Futterwaremittel 160—167 M. Taubenerbsen 168—178 M, kleine Kocherbsen —,— bis —,— M, Viktoriaerbsen —,— M ab Bahn und frei Wagen. Bohnen, weiße —,— M. Linsen —,— M ab Bahn. Weizenmehl 00 27,25—30,00 M. Roggenmehl 0 und 1 19,90 bis 2[illegible],00 M, Weizenkleie 11,50—12,50 M. Roggenkleie 11,50—12,10 M.

— Mittagsbörse: Weizen, märk. 217,00—218,00 M ab Bahn, Dezbr. 224,00—223,50 M, Mai 223,00—222,00 M. Roggen, inländ. 160 bis 161 M ab Bahn, Dezember 167,50—166,25 M, Mai 173,25 bis 172,75 M. Hafer Dez. —,— bis —,— M, Mai 161,75 bis 161,50 M. Weizenmehl 00 27,25—30,00 M. Roggenmehl 0 und 1 19,90—21,90 M. Rüböl Dez. 54,70—54,50 M, Mai 53,00 bis 52,80 M.

L. Weltmarkt, Berlin, 20. Dez. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin, 755 gr. Deg. 2[illegible],50, Mai 220,00. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 194,60, Dez. 192,30, Chicago Northern I Spring, Dez. 183,10, Mai 175,40. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 179,95. Paris Lieferungsware Dez. 19[illegible], Budapest Lieferungsware April 238,10. Odessa Ulka 9[illegible] 3—4%, Bes. einschl. Bordspesen loko 164,30. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Dez. 16[illegible], Mai 172,75. Odessa 9[illegible] einschl. Bordspesen loko 124,85. Hafer: Berlin 450 gr. Dez. 155,75, Mai 161,50. Mais: Berlin Lieferungsware Dez. —,—. Newyork mixed Dez. 116,65. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Düngemittel.

— Magdeburg, 20. Dezember. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15 bis 16 % Lieferung Frühjahr 1910 9,05 M, schwefels. Ammoniak 20½ % pr. 60 ℔ pr. % Kalkstickstoff, 18—20 % 53 ℔ pr. % aufgeschlofs. Peruguano 7 + 9½ % 7,90 M, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,25 M, Superphosphat 17—19 % 15 ℔, Baumwollsaatmehl, entsuselt 55 bis 58 % 8,75 M, Texas 55—58 % —,— M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 8,00 M, Sesamkuchenmehl 50—52 % deutsches 7,50 M, Malzenkutter 26—30 % 7,55 M, Maiskikuchenmehl 30—36 % 8,00 M, Kokoskuchen, deutsche 30—33 % 8,30 M, Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,65 M, Leinsaatkuchen, deutsche 36—40 % —,— M, Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,00 M, Mohnkuchen, deutsche 42—45 % 6,75 M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,45 M, helle Biertreber 26—30 % —,— M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) feinste Ware mit 40 % 10,50 M, Liebigs Fleischfuttermehl ca. 90 % 12,50 M Parität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 20. Dezember von der Preisberichtstelle des D. L.-R. Lendenz: —. Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg in Berlin, rote Daberische 2,20—2,30; andere rote Sorten 1,75—1,85; Magnum bonum 2,10—2,15; weiße runde 1,70—1,85; gelbfleischige weiße 0,00—0,00. Magdeburg, rote Daber 2,00; andere rote Sorten 1,75; Magnum bonum 2,00 bis 2,10; weiße runde 1,80; gelbfleischige rote 1,85. Futter- und Brennware: Berlin, rote Daber 1,25—1,50; andere rote Sorten 1,25 bis 1,50; weiße Sorten 1,25—1,50. Magdeburg, rote Daber 1,45; andere rote Sorten 1,45; weiße Sorten 1,45.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. Flocken: Bälsfringen b. Neuhaldensleben 8,05 (bez.), 8,30 (Käuf. Jan.), Friedrichsthal b. Grünhayn Kr. Wehlau Stat. Lapian 8,50 (bez.), Genschmar b. Golzow a. O. 8,00 bis 8,25 (bez.), Gläsen Stat. Deutsch-Rasselwitz Oberschl. 7,75 (bez.), Granowo Bez. Posen 7,70 (bez.), Grünberg b. Falkenburg i. Pom. 7,75 (bez.), Heinersdorf Stat. Trebnitz (Mark) 7,75 (bez. Dez.), 8,00 (bez. Jan./Febr.), Kambs b. Röbel 8,00 (bez.), Kl.-Nakel b. Deutsch-Krone 7,50 (bez.), Kuschkow b. Pleschen Stat. Brunow 7,87 (bez.), Lindchen b. Petershain N./L. 7,90—8,00 (bez.), Lorzendorf b. Bucheldorf Stat. Roldau 7,50 (bez.), Meilschitz b. Groß-Kyhlau i. Ostpr. Stat. Gralian 7,50 (bez.), Mendenau b. Schwekatowo Westpr. 7,90 (bez.), Mondschütz b. Wohlau Schles. 7,75 (bez.), 8,00 (B. rk.), Wöschen b. Burschdorf 8,00 (bez.), Muttrin b. Stolpe 7,50—7,70 (Käuf.), Neudorf b. Schönlanke Obb. 7,80 (bez.), Neumark Westpr. 8,15 (bez.), Oberstradam Kr. Bartenberg 7,75 (bez.), Parchim 8,25 (bez.), Polchow Stat. Wangerin i. Pomm. 7,70 (bez.), Pierkunowen b. Lötzen 8,20 (Verk.), Plau Mecklg. 8,25 (bez.), Polwitz b. Bürben Stat. Ohlau 8,00 (bez. Okt./Jan.), Pozarowo b. Wroblewo 7,95 (bez.), Rauschen b. Gimmel Kr. Wohlau Stat. Kreßlau 7,50 (bez.), Röbel i. Mecklbg. 8,25 (bez. Jan.), Schmarse Stat. Stentsch und Langheinersdorf 8,00 (bez.) Schönseide Bez. Oppeln Stat. Konstadt O.-S. 7,75 (bez. Dez.), 7,88 (Verk.), Schönwalde Kr. Schlochau Stat. Schönau 7,70 (bez.), Schlawa b. Driebitz 7,65 (bez.), Sembten (Flo.) Stat. Coschen 7,75 (bez.), 8,00 (Verk.), Stettin 8,00 (Verk.), Stöcken Kr. Isenhagen 8,50 (bez.), Twardow b. Witaschütz Kr. Jarotschin 7,75 (Verk.), 7,50 (Käuf.), Ulmübden b. Neuhaldensleben 8,10 (bez.), Wilhelmsfelde-Fiddichow Tätosinwerke 8,00 (bez.), Winnagora b. Miloslaw 8,00 (Verk. Febr.-März), Zerbst Anhalt 8,20—8,25 (bez.), Zirkwitz b. Trebnitz Stat. Gr.-Totschen 7,50 (bez. Dez), Zobten am Berge Bez. Breslau 7,80 (bez.), Züritzhau 8,00 (bez.). Schnitzel: Falkenhorst 7,25 (bez.), Soldin 7,50 (bez. prompt), 7,75 (bez. Frühjahr), Benischow i. Mecklbg 7,75 (bez.), Wolgah i. Pomm. 7,75 (Verk.). (D. L.-R.)

— Magdeburg, 20. Dezember. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preise: 22,75—23,25 M. Tendenz: still.

— Berlin, 20. Dezember. Kartoffelstärke 22,50—23,00 Mk., Kartoffelmehl 22,50—23,00 Mk., feuchte Stärke 11,60 Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 20. Dezember. Spiritus fest, Dezember 18½ G., Dezember-Januar 18½ G., Januar-Februar 18½ G.

— Paris, 20 Dezember. Spiritus ruhig, Dezember 45,25, Januar 44,75, Januar-April 45,00, Mai-August 46,75.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 20. Dezember. Rüböl loko 59,00, Mai 56,00.

— Hamburg, 20. Dezember. Rüböl fest, loko verzollt 56,00.

— Amsterdam, 20 Dezember. Leinöl sehr fest, loko 33¼, Jan. 33, Januar-April 32¾, Mai-August 31½, Sept.-Dez. 30¾.

— Paris, 20. Dezember. Rüböl ruhig, Dez. 60,25, Jan. 60,75, Januar-April 61,50, Mai-August 63,00.

Zucker.

W. Hamburg, 20. Dezbr. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Dezbr. 12,32½, per Jan. 12,37½, per März 12,47½, per Mai 12,57½, per August 12,75, per Okt.-Dezbr. 10 80. Tendenz: ruhig.

W. London, 20. Dezember. Rüben-Rohzucker 88 % Dezember, 12 sh. 3½ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 % prompt 13 sh. 3 d. Verkäufer ruhig.

Kaffee.

— Hamburg, 20. Dezbr. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos Dezember 37½, März 37½ G., Mai 37½ G., September 37 G. Tendenz: schleppend.

— Amsterdam, 20. Dezember. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 41.

— Havre, 20. Dezbr. Kaffee. Good average Santos Dez. 48,75, März 48,75, Mai 48,25, September 47,25. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 18. Dezember. Kaffee. Zufuhren 11 000 Sack in Rio, 13 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 20. Dezbr. Baumwolle, sehr ruhig, Upland middling loko 75¼ Pfg.

— Antwerpen, 20. Dezbr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Jan. 5,77½ Käufer, September 5,45 Käufer. Behauptet.

— Liverpool, 20. Dezbr. Baumwolle. Umsatz 4000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Dez. 7,86, per Dez.-Jan. 7,86, per Jan.-Febr. 7,89, per Febr.-März 7,93, per März-April 7,96, per April-Mai 7,98, per Mai-Juni 8,00, per Juni-Juli 7,99, per Juli-August 7,98, Aug.-Sept. 7,70.

Petroleum.

— Hamburg, 20. Dezember. Petroleum Instilos, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— Amsterdam, 20. Dezbr. Bancazinn fest, loko 91.

— London, 20. Dez. Blei, span., 13½ Lstr., engl. 13½ Lstr., Zinn 153¾ Lstr., Zink 23½ Lstr., Chili-Kupfer 60½ Lstr., 3 Monate 61¼ Lstr.

— Glasgow, 20. Dez. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 50 sh. 10½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Leipzig, 20. Dez. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 554 Rinder, und zwar 183 Ochsen, 38 Kalben, 209 Kühe, 124 Bullen, 603 Kälber, 596 Stück Schafvieh, 2599 Schweine, und zwar 2599 deutsche; zus. 4352 Tiere. Preise: Ochsen: I. 83, II. 78, III. 68, IV. 56 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 80, II. 75, III. 65, IV. 55, V. 45 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 69, II. 64, III. 58 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 58, II. 53, III. 40, IV. 40 M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 41, II. 38, III. 26 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 74, II. 71, III. 67, IV. 66 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 519 Rinder, und zwar: 162 Ochsen, 32 Kalben 202 Kühe, 128 Bullen; 600 Kälber, 492 Schafe, 2592 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Schafe, Schweine, langsam, Kälber gut.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 20. Dez. Roter Winter-Weizen loko 129, per Dez. 125¼, per Mai 120, per Juli 111, per Sept. —,—. Mais per Dez. 71, per Mai 75, per Juli —. Mehl 4,40, Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 20. Dez. Weizen per Dez. 126½, per Mai 113⅛, Mais per Mai 67.

W. New-York, 20. Dez. Petroleum Standard white in New York 8,05, do. in Philadelphia 8,05, do. in Refined Cases 10,45, do. Credit Balances at Oil City 143.

W. New-York, 20. Dez. Schmalz Westernsteam 13,45, Rohe und Brothers 14,10.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebenleben für Handel, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Gelling; für Oertliches Heinrich Wiechmann; Schlußredaktion Al. Barwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190912212-14/fragment/page=0003

Berliner Börse, 20. Dez. 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1. Jan. | 1. Apr. | 1. Juli (1. Okt.) | 1. 1. 7. | 1. 4. 10. | 15. 1. 9. | 15. 5. 11. | 15. 2. 12. | 15. 8. 12. | 15. 11. 12. | 15. 3. 9. | 15. 6. 12. | 15. 5. 11. | 15. 11. 11. | 15. 3. 12